

Steuerrecht bald noch komplizierter

Aus der angedachten Steuerreform wird angesichts der jüngsten Vorschläge aus der Regierung wohl nur ein Steuerreförmchen. An eine **wirkungsvolle Vereinfachung** des Steuersystems traut sich Berlin nicht ran. Wie diese aussehen könnte, zeigt Gastautor Michael Bormann auf

Für sich genommen sind der geplante Bürokratieabbau für Unternehmen oder die Anhebung der Werbungskostenpauschale von 920 auf 1000 Euro Schritte in die richtige Richtung. Im Zentrum einer Vereinfachung des deutschen Steuersystems müsste aber die Einführung des deutschen Steuersystems stehen. Sie ist quasi der Prüfstein für die Regierung in Berlin, ob sie zu einer spürbaren Vereinfachung des Steuersystems in der Lage ist. Allerdings ist sogar eine weitere Verkomplizierung des Steuersystems zu befürchten. Denn SPD und Grüne fordern die Einführung einer Finanztransaktionsteuer – quasi einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Dieser ist auch die Regierung nicht abgeneigt.

Grundsätzlich ist die Umsatzsteuer die einfachste und zugleich wichtigste Einnahmequelle des Staates. Mehr als jeder dritte Steuer-euro, den Bund, Länder und Gemeinden einnehmen, stammt aus der Umsatzsteuer. Die im Ursprung simple Steuer ist zugleich ein anschauliches Beispiel dafür, wie (unnötig) kompliziert das deutsche

Steuersystem mittlerweile geworden ist. Bei fast 60 Produktgruppen und Dienstleistungen gilt nämlich statt des vollen Satzes von 19 Prozent nur der ermäßigte Tarif von sieben Prozent. So werden etwa Hamburger, die bei McDonald's verzehrt werden, mit 19 Prozent Umsatzsteuer belegt. Nimmt der Kunde das Bulettenbrötchen aber mit, wird nur der ermäßigte Satz von sieben Prozent fällig.

Einfachere Umsatzsteuer politisch kaum durchsetzbar

Am einfachsten wäre es, die ermäßigten Mehrwertsteuersätze ganz zu streichen. Dann könnte die Umsatzsteuer generell aufkommensneutral, also ohne Einbußen für den Staat, aber auch ohne Mehrbelastungen für den Bürger, einheitlich um zwei bis drei Prozentpunkte gesenkt werden. Die Unternehmen würden durch eine Vereinheitlichung zusätzlich entlastet, da erheblicher bürokratischer Aufwand entfiel. Ob eine solche Vereinfachung gegen den Widerstand der verschiedenen Lobbygruppen politisch durchsetzbar ist, scheint



Michael Bormann
bfp Bormann
Demant & Partner

Der Steuerberater und promovierter Betriebswirt ist Gründungspartner von bfp Bormann Demant & Partner. Bormann ist spezialisiert auf die Themen Kapitalbeschaffung, M & A und Sanierung. Das Unternehmen beschäftigt insgesamt rund 100 Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und sonstige Mitarbeiter. Die Sozietät ist bundesweit tätig.

allerdings fraglich. Zwar ist dem Gesetzgeber mit der Abgeltungsteuer zumindest auf den ersten Blick eine Blaupause für eine einfache Steuer gelungen – flat 25 Prozent auf realisierte Kursgewinne bei Aktien, Anleihen oder Derivaten und Zinsen. Doch im Gespräch ist seit geraumer Zeit eine Ergänzungen (Verkomplizierung) durch eine sogenannte Finanztransaktionsteuer.

Ziel ist es, vor allem die Banken an der Beseitigung der Folgen der Finanzmarktkrise zu beteiligen. Angedacht ist ein Satz von 0,05 Prozent auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen.

Finanztransaktionsteuern funktionieren nur beschränkt

Neben umfangreichen Mehreinnahmen für den Bund erhofft man sich von einer Finanztransaktionsteuer vor allem an den Derivatmärkten eine Eindämmung der spekulativen Werten, da sich die Transaktionskosten verteuern würden. Allerdings widersprechen sich die Ziele in sich. Finden weniger kurzfristig orientierte Transaktio-

nen an den Derivatmärkten statt, fallen auch die Steuereinnahmen aus einer möglichen Finanztransaktionsteuer geringer aus. Zudem ist zu erwarten, dass vor allem die Profis schnell und wirksam Wege entdecken und entwickeln, eine solche Steuer zu umgehen.

In was für einem Desaster die Einführung einer neuen Steuer enden kann, zeigte sich eindrücklich am Beispiel Schweden. Vor 25 Jahren führten die Skandinavier eine Börsenumsatzsteuer ein. Der Staat versprach sich Einnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Schwedischer Kronen. Tatsächlich kamen allerdings nur 50 Millionen Kronen zustande. Der Grund: Der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren sank um 85 Prozent, der mit Futures und Optionen brach in Schweden fast vollständig ein. 1992 wurde die Steuer wieder abgeschafft.

Vielleicht wäre die einfachste und tatsächlich auch umsetzbare Steuervereinfachung folgende: Einfach einmal zwei Jahre lang keine neuen Steueränderungsgesetze erlassen. ☺



Letter from ...

Jeremy Whiteley, Leiter Paneuropäische Aktien Aberdeen Asset Management

Schlechte Länder, gute Aktien

Es ist verständlich, dass Investoren besonders die enormen Schuldenberge der europäischen Länder und ihrer Banken im Visier haben. Es ist keine einfache Lösung in Sicht und es wird Jahre dauern, bis Politiker, Bürokraten und Banker alles geklärt haben werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass Anleger sich vom europäischen Aktienmarkt abschrecken lassen sollten, denn die Lage der jeweiligen Länder ist nicht vergleichbar mit der Lage einzelner Unternehmen. In Großbritannien zum Beispiel erwirtschaften die FTSE-100-Unternehmen rund 70 Prozent ihrer Gewinne im Ausland.

Eine Reihe europäischer Unternehmen steht bestens da: Sie haben in einem kritischen Wirtschaftsumfeld schnell reagiert, ihre Kosten gesenkt und Schulden abgebaut. Eine Statistik von Bloomberg besagt, dass einige der 466 größten Unternehmen Europas, Finanzunternehmen ausgenommen, über Barmittel von über 530 Milliarden Euro verfügen. Einiges wird hiervon für Akquisitionen im kom-

menden Jahr genutzt werden; wichtiger jedoch: Ein großer Anteil wird an Investoren ausgeschüttet werden, entweder durch Aktienrückkäufe oder durch steigende Dividenden. Zudem sind viele europäische Unternehmen nicht von ihren eigenen Wirtschaften abhängig. Sie können ihr eigenes geistiges Kapital vorweisen und bieten marktführende Produkte an. Der Schweizer Fahrstuhlhersteller Schindler ist ein solches Beispiel – das Unternehmen meldet trotz sich verlangsamender Wirtschaft starke Umsätze.

Andere wiederum profitieren von boomenden Schwellenländermärkten, wie etwa Nestlé, die rund 35 Prozent ihrer Umsätze in den aufstrebenden Märkten verzeichnen. Europa ist von Schulden geschüttelt und die Schwellenländer sind die potenziellen Wachstumskandidaten der kommenden 20 Jahre. Beide Regionen haben jedoch ihre guten und schlechten Unternehmen – Anleger können in jedem Umfeld Geld erwirtschaften, wenn sie denn bereit sind, ihre Hausaufgaben zu machen.



Auch in Asien beliebt:
Speiseeis von Nestlé

An dieser Stelle schreiben **Top-Insider** von Allianz Global Investors, Fidelity und BlackRock regelmäßig von den Wachstumsmärkten der Welt und den Brennpunkten des globalen Wirtschaftslebens **exklusiv für Euro am Sonntag**.